

LESENSWERTES ÜBER DIE FINANZKRISE

RAINER HABERMEIER*

Gesellschaftliche Krisen haben zwei elementare Faktoren, so bestimmte einst J. Habermas 1973 halb analytisch, halb empirisch in seinem einflussreichen Werk 'Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus': erstens einen Leistungsabbruch oder kompletten Zusammenbruch eines fundamentalen Funktionalsystems, z. B. der Marktwirtschaft oder der Staatsverwaltung (die sog. Systemkrise), und zweitens einen Traditionsabbruch des kollektiven Selbstbewusstseins (die sog. Identitätskrise). Er muss die Systemkrise ergänzen, damit eine echte Gesellschaftskrise in Erscheinung tritt. Dieser zweigliedrige Krisenbegriff vereinigte zwei Hauptströmungen der sozialwissenschaftlichen Kategoriallogik, die damals von Parsons zu Luhmann reichenden Theorien der Systemintegration und die von A. Schütz bis D. Held reichenden Theorien der Sozialintegration. Er war ein Vorläufer von Habermas' späterer, „zweistufiger“ Gesellschaftstheorie aus Funktionalsystem und sozialer Lebenswelt.

Es gibt somit auch Teilkrisen, nämlich da, wo nur einer der beiden Faktoren wirkt. Die Basis kracht z. B. zusammen, die dazugehörige Menschheit jedoch tanzt im Überbau unverdrossen weiter, ob mit süffisantem Nihilismus (mit der bekannten Devise des vorrevolutionären Adels: *après nous le déluge*) oder aus alkoholgeschwängelter Ignoranz — nicht selten hilft diese Akrobatik über den Abgrund der Katastrophe hinweg, falls der Heroismus erfolgreich die Zähne zusammenbeißt und das Totschweigen von glaubensstarken Traditionen getragen wird. Nicht immer führt eine Manie in die Irre, sondern manchmal auch zur Restauration. Oder andererseits und nicht selten in der Weltgeschichte bei unauffälliger Entwicklung einer neuen Basis zu späteren gemächlichen Verschiebungen im Gefüge der Identität. Wie lange in diesen zwei Reaktionstypen die Traditionen aushalten, ist eine andere Frage. Kluge Leute mit Interessen oder Investitionen im Bestehenden reden daher ungern von einer Krise, denn, wenn auch der Boden nachgibt, es helfen Selbst- und Gottvertrauen beim Überleben. Unsere Krise wird nicht komplett, falls wir sie nicht herbeireden (so zuletzt ironisch **E. Polt-Heinzl: Einstürzende Finanzwelten, Wien 2009, S.63f**), so dass jeder sich schließlich lähmen oder in Panik stürzen lässt.

Die gegenteilige Halbkrise erleben wir seit Jahrzehnten öfter, nämlich dass, während die Systeme zwar funktionieren, recht und schlecht wie meistens, auch mit hörbarem Knirschen, die Krisenforscher (Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler), die Krisenliebhaber (politisch radikale Linke) und die Krisengewinnler (Journalisten und Profiteure) eine Krise erfinden, wobei sie wieder einmal die moderne, besonders in der späten Modernität beliebte Diagnose der Dauerkrise der Modernität aktualisieren. Und stets mit guten Gründen so oder so: in der pluralen Kultur lassen sich zahllose Standpunkte und beliebige Perspektiven einnehmen, denen irgendeine soziale Struktur oder Ereigniskette als krisenhaft oder katastrophenträchtig erscheint. Es regt sich also häufig ein Krisenbewusstsein, samt zuweilen hysterischem Krisengerede, ohne

* Ehemaliger Professor der Hitotsubashi Universität

Grundlage. Man lebt, auch die schrillsten Krisentrompeter, im wesentlichen ungestört und bequem fort, aber versichert gleichwohl einem gruselsüchtigen Publikum, wie entsetzlich die Lage sei.

Zwischen diesen drei Idealtypen der Krise erstreckt sich, wie gewöhnlich, die reale Mischung. Zumal die spezifisch moderne Ordnung funktional differenzierter Teilsysteme dafür sorgt, dass einerseits mindestens eines der vielen Teil- und Teilteilsysteme kriselt und andererseits die meisten anderen darunter nur wenig oder indirekt mitleiden. Viele Massenmedien blasen die Skandal- und Katastrophentrompeten ja ununterbrochen; flüchtig hören wir sie wieder mal von einer Krise bei uns im Autoradio lärmern und geben bei Grün wieder Gas. Erst wenn uns das Gas ausgeht, weil die Krise nicht nur die Börse, sondern auch unsere Geldbörse oder die Zapfsäule erreicht hat, wird es ernst.

Die Finanzkrise von 2008/09 fing 2007 so harmlos blindschleichend wie viele teilsystemische Krisen an und ließ sich vom Hauptstrom des sozialen Lebens viele Monate ignorieren. Dann beutelte sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel Banken und Versicherungen weltweit, etliche respektable Glasbetonfassaden stürzten ein, und Regierungen häuften hastig zur Rettung des Finanzkapitals ruinöse Schuldenberge, die nur Generationen werden abtragen oder Tsunami-Inflationen eibebnen können. Schließlich stieß sie die sog. Realwirtschaft in konjunkturelle Abgründe, aus denen diese vielleicht 2011 mühsam emporkriechen wird, während viele auf Staatskosten gerettete Banker schon wieder business as usual rattern lassen, um sich die gewohnten gigantischen „Boni“ zu beschern. Das von der Wirtschaftskrise bescherte Massenelend ist hingegen noch lange nicht zu Ende. Sogar regierende Politiker, gewöhnlich nicht zu reformerischen Reregulierungen des neoliberal entfesselten Finanzkapitals geneigt, ängstigt angesichts der sich auffaltenden Staatsschuldengebirge ein anscheinend so schmerzhaftes Krisenbewusstsein, dass sie den Investmentbanken, hedge funds und ähnlichen Roulettesüchtigen endlich Zügel anlegen wollen — oder anlegen zu wollen planen oder anlegen zu wollen zu planen verkünden. Einen gewissen Druck übt dabei unbestreitbar der vom krisenhaften Schwund des Anzeigenvolumens bedingte Meinungsumschwung in den Massenmedien vom neoliberalistischen Jubel zur Entrüstung über die Kasinobanker aus. Auch die publizistischen Schnellschüsse auf die „seit Jahrzehnten schlimmste“ usw. Wirtschaftskrise knattern auf dem Buchmarkt fast ausnahmslos in dieselbe Richtung. Sogar die einst auf den Neoliberalismus eingeschworenen Wirtschaftswissenschaften sind aus ihrem Schlaf am akademischen Kaminfeuer erwacht und murmeln mit verlegenem Erstaunen, dass so etwas passieren konnte. Es haben also die beiden elementaren Krisenfaktoren, System- und Identitätskrise, zusammengewirkt, so dass sich eine, obzwar relativ milde, Gesellschaftskrise abzeichnet. Sie scheint nicht in die Tiefe zu gehen, denn noch sind nicht alle Reserven der systemischen Steuerungspotenziale aufgezehrt, und der Konsumtionsdurchschnitt der breiten Mehrheit (Unter- und untere Mittelschicht) hat nicht die als notwendig empfundene Standardschwelle unterschritten, so dass ein ungeduldiges Krisenbewusstsein der Massen die wirtschaftliche und politische Machtverteilung oder gar Grundordnung in Frage stellen würde. Diesen Hypothesen ist natürlich, mitten in der Krise, ein „noch“ anzuhängen. Man muss vorsichtig und korrekturbereit den kommenden Verlauf abwarten und sich hüten, eine weitere mittel- oder gar langfristige Voraussage über die Zukunft der Weltwirtschaft zum Mediengeschwätz beizusteuern. Bei der heutigen, früher unvorstellbaren Komplexität und Volatilität der Verhältnisse sind solche Voraussagen nichts als unseriöse Prophetien.

Im allgemeinen lassen sich in der Menge der Publikationen traditionellerweise drei

grundsätzliche Einstellungen zur Finanzkrise unterscheiden:

(1) Die positiv oder negativ wertende Ansicht, dass im Kapitalismus, zumal im entwickelten und (neo-)liberalisierten, partielle, z. B. Finanzkrisen, oder integrale Wirtschaftskrisen unvermeidbar sind. Die positive Einstellung blickt auf die Krisen, sozusagen ansatzweise dialektisch, als wünschenswerte oder sogar bestandsnotwendige Phasen der „schöpferischen Zerstörung“ (J. Schumpeter), Verjüngungen oder Wiedergeburten, also Stufen der progressiven Entwicklung des Kapitalismus. Die negative Einstellung sieht in ihnen resigniert das kleinere Übel gegenüber den nichtkapitalistischen Wirtschaftsordnungen, weil diese, soweit überhaupt realisiert, sich in der Kreativität, Produktivität und Produktionsmenge ihrer zeitgenössischen kapitalistischen Konkurrenz stets als deutlich unterlegen erwiesen haben. Der Kapitalismus wird, so oder so beurteilt, mit periodischen Krisen bis in alle Ewigkeit weiterrumpeln.

(2) Die ebenfalls positiv oder negativ wertende Überzeugung, dass diese Wirtschaftskrise, die, nach Einschätzung etablierter Wirtschaftswissenschaftler und -politiker, schwerste seit der 1929er, die letzte oder vorletzte ist und sie oder die folgende das Ende des Kapitalismus einläutet, also in eine echte Gesellschaftskrise mit Grundstrukturveränderung der Funktionssysteme und der Identitäten münden wird. Die positive Wertung, nennen wir sie rechtshegelianisch oder im heutigen Kontext sozialdemokratisch, nimmt die Krise zum Anlass, genauer: zur letzten Chance für notwendige Reformen, um die neoliberalistische Entfesselung zurückzurollen und das Finanzkapital zu reregulieren; manche Theoretiker dieser Überzeugung hoffen sogar, auf der gegenwärtig erreichten Reflexionsstufe der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eine endgültige oder zumindest uns überdauernde Stabilität des Kapitalismus einzurichten. Die negative Wertung, linkshegelianisch, deren prominenteste Prägung natürlich die verschiedenen Versionen des Marxismus vornehmen, erwartet auf ihrem traditionellen Hintergrund der miserabilistischen Revolutionstheorie den Zusammenbruch oder Ähnliches, woraus die funktional und moralisch bessere Alternative zum Kapitalismus, ein Sozialismus ohne Wirtschaftskrisen und Massenelend, hervorgehen soll.

(3) Die historistisch (oder empiristisch) zu nennende Einstellung, die sich ohne Komparatistik oder sonstige Generalisierung auf die gegenwärtige Krise konzentriert und dabei unterstellt, dass sie aus einmaligen oder selten zusammentreffenden Bedingungen entstanden ist und sich erhält, deren erneute Konvergenz irgendwie in Zukunft zu vermeiden ist. Ein klassisches Beispiel dafür ist Schumpeters Ansicht der 1929er Krise (in 'Business Cycles', 1939), dass damals die Abschwünge der Juglar-, Kitchen- und Kondratjew-Zyklen zusammenfielen. Ein bekanntes in der Gegenwart bietet N. Talebs „black swan“ (**The Black Swan. The Impact of the Highly Improbable. New York 2007**) als Allegorie eines äußerst unwahrscheinlichen Ereignisses mit beträchtlichem Effekt.

Tritt man einen Schritt zurück, so wird ersichtlich, dass die drei Einstellungen analytisch zum Teil davon abhängen, was als Fern-, Nah- und Nächstbedingungen (oder anders gesagt: Umstände, Ursachen, Anlässe) eingestuft wird. Sie lassen sich somit kombinieren. Auch die prinzipiell negative, marxistische Einstellung verneint gewiss nicht die Einmaligkeit der Nächstbedingungen, der konkreten Ursachen und Anlässe.

Eine interessante gemischte Hypothese, die hinsichtlich der näheren Krisenbedingungen mit marxistischen Einschätzungen teilweise übereinstimmt, hat 2009 S. Johnson, ein früherer Mitarbeiter des Internationalen Währungsfonds, vorgelegt: **"The Quiet Coup", The Atlantic**

Online, Mai 2009. Während Marxisten von der Verschiebung des mehrwertrealisierenden Primats auf das Finanzkapital sprechen, welche die globale Hegemonie der USA mittels ihrer Währungs- und Finanzkapitaldominanz verlängert hat, ihre Debatten sich also um den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus drehen, skizziert Johnson eine — übrigens unverächtliche — personalistische Elitentheorie der Krise. Er sieht die USA nach dem schlechten Vorbild der Bananenrepubliken in jene politisch-wirtschaftlichen Tiefen ableiten, wo Finanzmagnaten hinter und schließlich auch vor den Kulissen des Politiktheaters die Regie führen. Was in den USA rückblickend als verschiedene Ursachen der Krise angeführt wird, hat alles einen gemeinsamen Nenner. Es begünstigte nämlich das Finanzkapital: die Deregulierung, die außerordentlich billigen Kredite infolge der zentralbanklichen Niedrigzinspolitik, die unausgesprochene Wirtschaftsharmonie China-USA, die Förderung des Hauserwerbs usw. Der Aufstieg des Regimes des Finanzkapitals begann mit den Reagan-Regierungen und beschleunigte sich mit den Clinton- und Bush-Regierungen. Die genialen Innovationen der Finanzalchemie wie undurchschaubar komplizierte Verbriefungen, spekulative interest-rate und credit-default swaps fielen in ihre Jahrzehnte. Wall Street steigerte die Profite und Einkommen in phantastische Höhen. „From 1973 to 1985, the financial sector never earned more than 16 percent of domestic corporate profits. In 1986, that figure reached 19 percent. In the 1990s, it oscillated between 21 percent and 30 percent, higher than it had ever been in the postwar period. This decade, it reached 41 percent. Pay rose just as dramatically. From 1948 to 1982, average compensation in the financial sector ranged between 99 percent and 108 percent of the average for all domestic private industries. From 1983, it shot upward, reaching 181 percent in 2007.“ (S.4)

Demgemäß hat sich wie um 1900 in den USA eine Finanzoligarchie eingenistet. Neben den altmodischen Formen des Einflusses wie Korruption und Lobby hat das Finanzkapital seine Ideologie in den Massenmedien und dadurch im Massenbewusstsein etabliert: „what was good for Wall Street was good for the country“. Auch der personale Austausch zwischen der Finanzoligarchie und der Regierung hat erstaunliche Ausmaße erreicht. Die Investmentbanker von Goldman Sachs übernahmen umstandslos Ministerposten, und die Minister schieden aus der Regierung, um sich unmittelbar auf Vorstandssessel im Finanzkapital niederzulassen. Der Autor erinnert sich: „Throughout my time at the IMF, I was struck by the easy access of leading financiers to the highest U. S. government officials, and the interweaving of the two career tracks.“ (S.5)

Wall Streets Einfluss machte natürlich auch vor Akademia nicht Halt. Oder eher umgekehrt: Professoren und Akademiker rissen sich um hochdotierte Posten beim Finanzkapital im Austausch für ihre Expertenreputation („the intimidating aura of intellectual rigor“) samt ihren eindrucksvollen mathematischen Modellen (die sich, wie die Krise bewies, als viel zu unterkomplex oder, schlicht gesagt: als dumm erwiesen). Sie trugen dazu bei, dass sich vielerorts der Kult des Finanzkapitals ausbreitete. Making quick & enormous money wurde zur Maxime einer ganzen Generation des wirtschaftswissenschaftlichen Nachwuchses.

Im Sommer 2007 schrillten die ersten Misstöne im hektischen Betrieb, die grotesken Spekulationen der Investmenbanker mit anderer, ahnungsloser Leute Geld begannen sich zu überschlagen. Die Ausfallquote der subprime mortgages schoss empor. 2008 krachten die Kartenhäuser zusammen. Doch unverfroren bestanden viele Banker darauf, weiterhin ihre gigantischen Gehälter, Boni und Entlassungszahlungen zu kassieren. Hinter verschlossenen Türen handelten sie mit ihren Kollegen in den Zentralbanken, Finanzministerien und

Bankaufsichten die Rettung ihrer Banken mittels staatlichen Finanzhilfen, Käufen ihrer faulen Wertpapiere und Teilnationalisierungen aus. An deren Kosten werden die Steuerzahler viele Jahre schwer zu tragen haben: „when a major financial institution gets into trouble, the Treasury Department and the Federal Reserve engineer a bailout over the weekend and announce on Monday that everything is fine [...] Throughout the crisis, the government has taken extreme care not to upset the interests of the financial institutions, or to question the basic outlines of the system that got us here [...] the money was used to recapitalize banks, buying shares in them on terms that were grossly favorable to the banks themselves. As the crisis has deepened and financial institutions have needed more help, the government has gotten more and more creative in figuring out ways to provide banks with subsidies that are too complex for the general public to understand.“ (S.7)

Johnson erblickt die fundamentalen Probleme also erstens in der politischen Übermacht des Finanzkapitals, welche den verfassungsgemäß konstituierten Willen der Wählermehrheit hinterrücks oder mehr und mehr schon offen aushebelt und deren mit speziellen Wirtschaftskennnissen unbefruchtete Intelligenz einzunebeln versteht, auch wenn infolge der Krisennöte die öffentliche Begeisterung für die Wonnen des Finanzregimes abgeflaut ist. Die vorangehende Deregulierung des Finanzkapitals hat zweitens die Krise so sehr anschwellen lassen, dass die todkranken Banken eine Erholung der Gesamtwirtschaft, welche die riesigen Konjunkturprogramme und anderen Fiskalanreize bereiten sollen, immer aufs Neue abzuwürgen drohen.

Er schlägt daher vor, die Großbanken (und sonstigen, meistens mit diesen gekoppelten Finanzmonster wie hedge funds oder private equity firms) zu verstaatlichen, also die Aktionäre zu enteignen, das Management hinauszuerwerfen, die Bilanzen zu ordnen und dann die Banken an die Privatwirtschaft zurückzuverkaufen — und zwar in mittelgroße Stücke zerlegt, gemäß der Region oder dem Geschäftstyp. „Anything that is too big to fail is too big to exist.“ (S.9) Darauf sollen natürlich Antitrust-Gesetzgebung, andere Reregulierung und Besteuerung folgen, auch die populäre, obgleich leicht umgehbare Deckelung der Management-Vergütungen, so dass insgesamt die exorbitanten Finanzgebühren und -provisionen, -profite und -einkommen auf ein sozial und politisch verträgliches Maß zurückschrumpfen. „Limiting that money would reduce the allure of the financial sector and make it more like any other industry.“ (S.9)

Die Finanzkrise bietet der demokratischen Politik zwei Wege an. Der erste führt über gigantische Finanzspritzen aus der Krise hinaus und, weil sonst nichts Wesentliches getan wird, insbesondere das Finanzkapital nicht strikt gezähmt wird, bald in die nächste Krise hinein. Das zunehmende Staatsversagen, der wirtschaftliche Verfall, das gesellschaftliche Chaos am Ende — sie sind „very much in the interest of the powerful — letting them take things, legally and illegally, with impunity“ (S.10). Irgendwann, so scheint uns nicht ausgeschlossen, flüchten dann die Massen wieder in eine Sozialbewegung mit einer Schablone des starken Führers wie nach 1929. Die clownesken Maniaker und Hollywoodfiguren an der Spitze großer Demokratien mögen heutzutage Vorübungen der faschistoiden Krisenlösung sein.

Den zweiten Weg wollen wir hier nicht nochmals skizzieren. Die Aussichten dafür sind nicht bestens, wie uns ein Blick in die Wirtschaftspresse belehrt. Die Gewinne des US-amerikanischen Finanzkapitals belaufen sich, Publikationen der BIZ zufolge, nach dem Tiefstand der 121,9 Mrd. \$ im dritten Quartal 2008 schon nach dem zweiten Quartal 2009 wieder auf 349,1 Mrd. \$, sie haben damit ungefähr wieder die Höhe von 2007 erklommen. Morgan Stanley, eine der mit Staatshilfe überlebenden Investmentbanken, feierte z. B. das

Geschäftsjahr 2009 mit Verlusten von 900 Mill. \$ und zahlte gleichwohl über 14 Mrd. \$ an seine Angestellten.

Als 2002 die IT-Krise noch brodelte, veröffentlichte der Oxforder Ökonom **B. Eichengreen** ein Buch mit dem vielversprechenden Titel **'Financial Crises. And What to Do About Them'** (Oxford 2002, reprint 2006). Das Buch erhielt viel Beifall nicht nur im establishment der anglophonen Ökonomie, sondern auch beredte Zustimmung seitens hochrangiger Finanzpolitiker. Stolz zitiert der Verlag in der zweiten Auflage die Elogen US-amerikanischer, japanischer und deutscher Zentralbanker und Finanzminister. Die zweite Auflage dieses How-to-do-books erschien ein Jahr vor dem Beginn der großen Finanzkrise. Genutzt hat somit die Lektüre seiner Anleitung, wie Finanzkrisen zu behandeln seien, anscheinend nicht viel (falls die Anleitung tauglich und die zitierte Prominenz sie tatsächlich studiert hat).

Schon nach der asiatischen Krise 1997-98 erschollen Rufe nach einschneidenden Reformen der internationalen Finanzordnung und verklangen bald nach dem Ende der Krise ohne politische Wirkung. Eichengreen hält dies nicht für verwunderlich, denn die globale Finanzordnung, falls sie überhaupt noch als Ordnung im eigentlichen Sinne aufgefasst werden kann, ist so komplex geworden und so viele divergente bis antagonistische Interessen sind daran beteiligt, dass nur inkrementale Verbesserungen möglich sind. Demgemäß verläuft die Entwicklungslinie im 20. Jahrhundert vom Goldstandard über den Goldtauschstandard zum Bretton Woods-Golddollarstandard und schließlich zum „post-Bretton Woods 'non-system'“ (S.3). Nur einmal in diesem Jahrhundert erlebte die Finanzordnung eine fundamentale Reform, nämlich 1944 mit der Einrichtung des Bretton Woods-Systems, und diese Ausnahme war den geschichtlich einmaligen Umständen geschuldet: die siegesgewissen angloamerikanischen Großmächte zogen die anderen 42 an der Konferenz teilnehmenden Staaten hinter sich her, um ein globales Finanzsystem gegen die Systemkonkurrenz, den Kommunismus der ebenfalls siegreichen Großmacht Sowjetunion, vorweg einzurichten. „Today, in contrast, the preconditions for radical change are not present“ (S.3), so der Autor 2002. Heute jedoch, 2010, nach dem Blick in den Abgrund der globalen Pleite und auf das Alpenglücken der Schuldenberge, sind die meisten Vorbedingungen dafür durchaus gegeben, und die meisten EU-Regierungen fordern wieder eine gründliche Reform, um die Finanzmärkte national und international eingreifend politisch zu kontrollieren. Wird also diesmal wieder eine Ausnahme vom Himmel fallen ?

Mittlerweile haben allerdings die Macher der Finanzwelt, während der Gewitterzeiten der Krise kleinlaut verkrochen oder still mit dem Nachzählen ihrer Abfindungen beschäftigt, wieder ihr keckes Näschen erhoben. Es mehren sich die zuerst nur murrenden, nunmehr lautstarken Stimmen aus dem Dschungel der Investmentbanker & verwandten Kreditjongleure, die vor solchen eingreifenden Reformen warnen: man dürfe das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und den Finanzgenies nicht bei der schöpferischen Zerstörung in den Arm fallen. Nachdem die Banken mit Steuergeldern gerettet worden sind und einige allzu schöpferische Profite vielleicht in Zukunft meiden werden, wollen sie so wie vor der Krise weiterschöpfen. Die Pioniere der Innovation verrichten übrigens damit auch Gottes Werk, wie ein frommer Großbanker der USA das undankbare Publikum erinnerte. Auch Staatsaufseher und Zentralbanker beginnen sich öffentlich damit abzufinden, dass es so weiter geht und daher bald die nächste Krise anbrechen wird. Der Präsident der deutschen Finanzaufsicht ließ im Mai 2009 verlauten: „So eine Finanzkrise wie die jetzige darf es nicht ein zweites Mal geben“ — wer klatscht dazu nicht

Beifall aus tiefstem Herzen ? — aber der Spitzenbürokrat fuhr fort: „jedenfalls nicht so schnell.“ (Börsen-Zeitung 29. 05. 2009) Und ein deputy governor der Bank of England sieht im Juni 2009 in den sich wiederholenden Finanzkrisen, welche die Finanzreserven der zur Hilfe gezwungenen Staaten erschöpfen, „an unfortunate fact of life“ (New York Times 4. 06. 2009), man sollte die Banken nach der erfolgreichen Rettung allerdings dafür zahlen lassen. Der Abwickler der insolventen Lehman Investmentbank, die im September 2008 um ein Haar die globale Wirtschaft in den Orkus mitriß, schätzt 2010 als „[h]öchstwahrscheinlich, dass ein Fall Lehmann sich wiederholen wird“ (Handelsblatt 24. 03. 2010). Denn bei den Banken und Finanzaufsichten habe sich zu wenig geändert, der Markt für Kreditversicherungen sei nach wie vor unreguliert usw. Wall Street habe wenig aus dem Fall Lehmann gelernt. Warum auch ? Was am Ende zählt, ist, was sich zählen lässt: der Geldgewinn. Die Entstehung dieses Gewinnes verschwindet mit der betreffenden Runde des Marktes aus dem Gedächtnis, pecunia non olet auch hier und besonders hier. In einer überkomplexen Marktwirtschaft können die allermeisten Teilnehmer sogar schon bei der Entstehung eines Gewinnes nicht erkennen, wie er wirklich entsteht. Solange der legale Anschein gegenüber den wenigen und überforderten Staatskontrolleuren gewahrt ist, darf niemand den Vorgang stören. Geld ist die marktwirtschaftliche Form der Macht, sie erscheint als reine Potenz, gleichgültig, welchem Vorgang sie entsprang. Wer fragt nach der Herkunft der blanken Nullen vor dem Komma auf einem Konto, wenn ihm ein Geschäft mit Gewinn angeboten wird ? Falls sich viel Geld (oder geldwerte Dinge) leicht und schnell erwerben lassen, lodert die Euphorie des Machtrausches und schließlich die Furie des Größenwahns empor. Es sind also narzisstische Triebe, oft mit sexuellen und aggressiven verbunden, die sich in der viel beklagten Gewinnsucht befriedigen und, davon illusorisch geworden, im megalomanen Feuerwerk der Höchstkonjunktur, im Schaum der spekulativen Blase, im Exzess der Superprofite austoben und damit das sog. Herdenverhalten hervorrufen. Sie gehören in einer spätmodernen Gesellschaft mit neoliberal-kapitalistischer Wirtschaft zur Normalausstattung der zweiten Natur jedes wertfreien Individuums. Ohne rigorose Dekomplexierung der Systeme und strenge Grenzziehungen der Motive wird die Lockung der Geldmacht stets von neuem winken und die Eigendynamik ihres Erfolges schließlich die Herden blind galoppieren lassen. Es liegen heutzutage genug Wirtschaftsgeschichtsschreibungen vor, welche die Phänomene so darstellen, dass sie sich wie eine Symptomhistorie lesen, von J. K. Galbraith: *A Short History of Financial Euphoria*, London 1990, und Ch. Kindleberger: *Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises*, New York 1989, bis N. Ferguson: *The Ascent of Money. A Financial History of the World*. London 2008. Die Ideologie der Chicago Business School von der unschlagbaren überpersonalen Rationalität des Marktes, welche die 1980er und 90er dominierte, ist abgeflaut und wird nur noch von Professoren verteidigt, die mit der entsprechenden Modell-Schneiderei Posten und Prestige ergattert haben. Inzwischen reihen sich auch business columnists in die Schar der Zweifler ein; so schildert J. Fox: *The Myth of The Rational Market. A History of Risk, Reward, and Delusion on Wall Street*. New York 2009, wie seit den 1970ern gegen die Chicago-Ideologie die Wirtschaftspsychologie von R. Thaler und R. J. Shiller an Boden gewinnt, welche die „irrational market forces“ hervorhebt, also realistische Empirie gegen den mathematischen Modell-Platonismus fordert, ein klassisches Thema schon früherer Methodenstreite in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften. (In Deutschland z. B. attackierte der Popper-Schüler H. Albert: *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Köln 1967, die Abstraktionen der Wirtschaftstheorie.) Mit ihrem neuesten Buch gelang dieser

Wirtschaftspsychologie ein kleiner Bestseller: zehn Auflagen in einem Jahr, und der Titel, ihrem klassischen Vorbild, J. M. Keynes' 'General Theory' von 1936 entliehen, wurde sofort ein Schlagwort in der Arena der Wirtschaftspolitik: **G. A. Akerlof, R. J. Shiller: Animal Spirits. How Human Psychology drives the Economy and Why It Matters for Global Capitalism. Princeton 2009.** Keynes nimmt den Begriff „animal spirits“ aus der medizinischen und philosophischen Psychopathologie der Antike auf, von der aus dieser populäre Topos der geistigen Unfreiheit als Krankheit sich durch das Mittelalter in die Neuzeit windet. Die neostoizistische Ablehnung der von Affekten überwältigten Vernunft, des Tierischen, Infantilen, Vulgären im Menschen, übt seit Spinozas 'Ethica' weitreichenden Einfluss auf das moderne Denken. Spinoza schreibt der Macht schlechter Affekte über den Geist dessen Absturz in Vorurteile und Ideologien zu, insbesondere in die Projektion leicht verstehbarer Zweckverläufe auf undurchschaute Verhältnisse, und ein entsprechend affektiv getriebenes Herdenverhalten. Demgemäß nennt Keynes „animal spirits“ „a spontaneous urge to action“, wobei er 'spontaneous' im Sinne seines Zeitalters nicht neostoizistisch wie noch Kant als freie Handlung oder Operation aus Vernunft, sondern umgekehrt: neuromantisch als von Vernunft unkontrollierten Gefühlsimpuls versteht. Die animal spirits reichen von grundlosem Optimismus, blinder Euphorie und Größenmanie durch das ganze Spektrum der starken Affekte oder Leidenschaften bis zu grundlosem Pessimismus, blinder Dysphorie und verzweifelter Angst, sie schwanken oft hin und her und können rasch wechseln, z. B. von Todesmut zu panischer Angst. Darüber enthält Freuds 'Massenpsychologie und Ich-Analyse' von 1921 mit Blick auf Weltkrieg und Revolution noch heute unveraltete Einsichten. Keynes entdeckt in den animal spirits, ohne es hinreichend klar auszusprechen, die tieferen Kausalfaktoren der verheerenden Weltwirtschaftskrise von 1929 bis zur Rüstungskonjunktur Ende der 1930er, tiefer als die Wahrscheinlichkeitsrelationen zwischen mathematisierbaren Wirtschaftsgrößen wie effektiver Gesamtnachfrage, Zinssatz und Beschäftigungsvolumen, die nur einige Aspekte der Verhaltenseffekte der wirtschaftlichen Antriebe spiegeln. Schon im normalen Betrieb der Marktwirtschaft müssen die Teilnehmer viel Optimismus aufbringen, um ihre wohlbegründeten Unsicherheitsgefühle angesichts des Informationsmangels, d. i. der Undurchschaubarkeit des Marktgeschehens und der professionellen Verheimlichung seitens anderer Teilnehmer, zu kompensieren. Dass die invisible hand alle Boote am Ende im Durchschnitt hebt, auch die kleinen der Verlierer wenigstens ein wenig, kommt oft vor, aber oft auch nicht, so dass die Unsicherheitsgefühle und Furcht der meisten Teilnehmer sich als berechtigt erweisen. Nicht bei jedem gleichen sich daher Furcht und Optimismus aus, viele ziehen marktfernes, individuelles oder kollektives Selbstversorgen und Sparen vor, soweit sich dies in der modernen Wirtschaft organisieren lässt. Diese uralten Traditionen der ex- oder implizit gesellschaftsopponenten Nichtteilnahme an der gesellschaftlichen Wirtschaft, von der kynischen Autarkie bis zur Großen Konsumverweigerung H. Marcuses, aber auch von der Remigration ins bukolische Arkadien bis zu M. Webers puritanisch-methodischer Lebensführung aus Jenseitsorientierung mit Kapitalansparung, und nicht nur der notorische Wandel der nachfrageschaffenden Bedürfnisse tragen dazu bei, die Balancen des Marktes zu destabilisieren oder meistens gar nicht sich einpendeln zu lassen. Das liberalistische Credo an die Selbstregulierung (oder „Selbstheilungskräfte“) des Marktes wird umso absurder, desto komplexer der Markt im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung wird. Seit F. Lists Kritik am Wirtschaftsliberalismus als einer britischen "Comptoir- und Kaufmannstheorie" war evident, dass der Markt starke, d. i. sanktionsbewehrte und in manchen Hinsichten sogar enge Rahmenbedingungen benötigt, also

staatliche Aufsichten, Eingriffe und Umverteilungen. (Man darf hier natürlich nicht versäumen, auf die britischen Kritik am Liberalismus selbst hinzuweisen, wie sie schon z. B. in den 1830er Jahren S. T. Coleridge oder Th. Carlyle vorlegten oder in den 1860ern J. Ruskin; sie übertrafen an Schärfe List bei weitem und kamen teilweise an Marx und Engels heran.)

Der allgemeine Stress des nicht grundlos sogenannten Erwerbskampfes infolge der Überkomplexität, Ungleichgewichte und Ungleichverteilung verstärkt sich dann ungemain in der kapitalistischen Wirtschaft, und dies noch mehr in einer neoliberalisierten des Spätkapitalismus. Keynes lässt die klassische, aufs Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, Präferenz bei Knappheit, konzentrierte Theorie hinter sich und rückt die fundamentalen volkswirtschaftlichen Interdependenzen zwischen Beschäftigungsvolumen, Liquiditätspräferenz und „marginal efficiency of capital“ ins Zentrum. In der entwickelten Geldwirtschaft können die Lohnempfänger als Konsumenten ihre zwar lohnabhängige Nachfrage aber doch wahlfrei auf viele Konsumtionswaren verteilen, die Kapitaleigner können sparen statt zu konsumieren oder zu investieren und, was Keynes weniger beachtet, die ersparnissammelnden Banken können die ihnen anvertrauten Gelder, statt investierenden Produzenten zu leihen, in reflexive Finanzgeschäfte lenken und spekulativ verpulvern. Entscheidend ist dabei nicht nur der irregulär und rasch schaukelnde Pegel der Zweckrationalität (welche Verwendung des Geldes ist am ertragreichsten ?), sondern stärker wirken meistens sozialkulturelle und politische Motive, die sich in den sehr verschiedenen Psychostrukturen der Marktteilnehmer verschieden umsetzen. Das Systemgleichgewicht der kapitalistischen Wirtschaft im Wechselfluss Ware-Geld kann also und wird sehr wahrscheinlich an manchen Stationen empfindlich gestört. Im allgemeinen gilt, je komplexer und volatiler der Markt und je geringer die geschätzte zukünftige marginal efficiency of capital, d. i. je entwickelter die Wirtschaft auf einer Stufe der Produktivkräfte oder je später in einem Großzyklus, umso unsicherer ist der in nebliger Zukunft liegende Erfolg der gegenwärtigen Investitionen. Falls es bei großer Unsicherheit, wie mehr und mehr, an positiven animal spirits mangelt, soll der Staat, so Keynes berühmt gewordene Forderung, die sein Hauptwerk theoretisch zu untermauern sucht, nicht nur den Zinssatz verringern, also die Kapitalkosten vermindern, um Sparer zu demotivieren und die Profitrate zu erhöhen, sondern vor allem beschäftigungsschaffende Investitionen in großem Maßstab selbst vornehmen, damit das steigende Lohnvolumen die effektive Nachfrage vermehrt. Anders als seine direkten Schüler, die wie J. R. Hicks seine Theorie in die Sphäre mathematischer Gleichgewichtsmodelle zurückzwängten, wusste Keynes, dass der Gegenstandsbereich der Wirtschaftswissenschaften prinzipiell nur „partial knowledge“ erlaubt, denn sie gehören zu den Sozialwissenschaften im weiteren Sinne, und alle sozialwissenschaftlichen Objekte, die sozialen Verhaltensweisen der Menschen, sind psychisch vermittelt. Die mathematisierten Wirtschaftswissenschaften leiden an ihrem latenten Ideal einer extrem utilitaristischen Anthropologie und präsupponieren dem Wirtschaftshandeln eine quasi-naturhafte Automatik der Zweckrationalität (der rationellen Mittelwahl und Effizienzbevorzugung). Dies ist jedoch nur ein, und zwar, empirisch gesehen, eher marginaler Handlungstypus; darüber haben die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen in der Nachfolge M. Webers genug gesagt. Keynes untersuchte in seinem früheren ‘Treatise on Probability’ (1908 und 1921) die Wahrscheinlichkeit nicht als statistische Häufigkeit, sondern im philosophischen Sinne, nämlich der aristotelischen Topik und leibnizischen verités de fait. Die Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Massenfakten, bzw. zwischen den Aussagen darüber sind weder notwendig noch von sehr hoher Wahrscheinlichkeit wie unsere lebensweltlichen Erwartungen der uns alltäglichen Kausalrelationen der Natur, sondern in die

Aussagen über jene Beziehungen gehen prudentielle Einschätzungen ein, also Mischungen der Einschätzungen der Zweckrationalitäten mit solchen, welche Traditionen und Wertbezüge sowie welche aus diesen über das Normalmaß ragenden Affekte wann, wo, wie, in welchem Grad wirken.

Hier knüpfen Akerlof und Shiller an, um einen „behaviorally informed Keynesianism“ zu entwickeln. Akerlof, Ökonom in Berkeley, der den Wirtschaftsnobelpreis 2001 erhielt, veröffentlichte bereits ein antiorthodoxes Buch über ‘Identity Economics. How our Identities Shape Our Work, Wages and Well-Being’, und Shiller, Ökonom an der Yale-Universität, über ‘Irrational Exuberance’. In ‘Animal Spirits’, einem Büchlein von 176 Seiten, flott geschrieben für ein Laienpublikum, z. T. im Stil der US-amerikanischen Magazinnarrative, zeigen sie im Gefolge Keynes’, dass die Wirtschaft unter der Fuchtel der „psychological factors“ steht: confidence & fear, corruption & concern for fairness, money illusions — die Massen schwanken zwischen Überschwänglichkeit und Angst, und die Autoren widmen im ersten Teil diesen Affekten anschauliche Kapitel mit folgenden stories. Der zweite Teil macht sich anheischig, auf einige der häufigsten Warumfragen der Marktverlierer zu antworten, indem die Thesen der animal spirits dabei angewandt werden: „Why do economies fall into depression?“, „Why are there people who cannot find a job?“ usw. Dabei bekommen vor allem die Zentralbanker, welche die Krisen offensichtlich weder zu verhüten noch zu kurieren vermögen, ihr Fett ab. Die Autoren enden stets bei keynesianischen Konsequenzen, bei Forderungen nach dauerhafter Regierungsintervention, um mit der von der Staatsmacht verströmten Sicherheit, neben den realen Nachfrageeffekten, einen nachhaltig-gesunden Marktoptimismus zu stiften. Gelegentlich klingen diese Programmtöne wie die Ouvertüre zu einer dirigistischen Weltwirtschaftsoper. Die unleugbaren Erfolge der ostasiatischen Volkswirtschaften, früher in Japan und Südkorea, heute in China, spielen dabei eine Rolle. Dass die Autoren einer ziemlich trivialen Psychologie huldigen, dabei außerdem die zwar von Affekten gespeisten, aber eigendynamischen und auf Affekte formend zurückwirkenden Traditionen und Wertbezüge kaum beachten, sei hier nur nebenbei angemerkt. Aus ihrer Ecke kann man wohl nur die grobe Alternative ‘Funktionalrationalität oder Affekte’ erwarten.

Wenden wir uns wieder Eichengreens Untersuchung der Finanzkrisen zu. Er lässt keinen Zweifel, welcher der oben angeführten Einstellungen er zuneigt: „crises are an unavoidable concomitant of the operation of financial markets. Financial markets are markets in information, and information by its nature is asymmetric and incomplete.“ (S.4) Im zweiten Satz liegt der Hund begraben. Falls Information hier nicht trivial aufgefasst wird (alle Märkte, nicht nur finanzielle, benötigen Information), so heißt dies, je ausgedehnter und komplexer, z. B. global verflochtener die Finanzmärkte, umso mehr Information brauchen die Marktteilnehmer, umso weniger, im Bezug auf die zunehmende Menge ihrer benötigten Information, ergattern sie jedoch und umso unvorhersehbarer sind die Marktereignisse, daher umso ungesicherter das Verhalten der Teilnehmer und umso stärker ihr Unsicherheitsgefühl, also umso mehr Schwankungen zwischen unbegründeter Euphorie und Spekulation einerseits und andererseits Dysphorie und Panik. Heftige Änderungen „are likely to be especially pervasive in the international sphere, where the transmission of information between borrowers and lenders is complicated by physical and cultural distance [...] And they are likely to be especially pervasive in developing countries, where the information and contracting environment is least advanced.“ Daraus zieht Eichengreen den vielleicht ein wenig voreiligen Schluss: „It follows that crises have always been with us and always will be and that they remain a particular problem in

developing countries.“ (S.4) Er schätzt, dass sich Finanzkrisen in Zwanzig-Jahr-Intervallen häufen, aber mit deutlicher Zunahme in der jüngsten Zeit, was diese von früheren Jahrzehnten abhebt, und zwar infolge der Unverträglichkeit der hohen Kapitalmobilität mit der demokratischen Politik ! Der Leser schrickt auf, solche Intuition, aus dem main stream auftauchend, hat er nicht erwartet. Die Globalisierung und die Demokratisierung (auch vermehrte demokratische Teilnahme und Forderungen innerhalb lange bestehender Demokratien, ungeachtet aller politischen Apathie) sind Grundzüge unserer Ära — und ihre Kombination bringt also mehr Finanzkrisen hervor denn je. Der Autor expliziert die marktwirtschaftliche Dysfunktion der Demokratie glasklar: „This combination makes it hard for governments and central banks to subordinate domestic policies to external balance and hence to commit credibly to the maintenance of exchange rate stability above all other potential goals of policy.“ (S.6) Einfach gesagt: Das Wahlvolk, der Souverän der Demokratie, ist entweder zu dumm oder egoistisch, um die komplexen Vorgänge der Weltwirtschaft, in die es verwickelt ist, zu verstehen und seine Zentralbanker entsprechend zu unterstützen. Oder umgekehrt ? Die Komplexität und Volatilität unserer Wirtschaft, zumal der globalisierten, überfordert prinzipiell die kognitiven Kompetenzen ihrer Teilnehmer, und ihre häufigen Krisen frustrieren fundamentale Bedürfnisse vor allem der unteren Schichten, d. i. der großen Mehrheit der Bevölkerung. So erscheint die krisengeneigte Wirtschaft dysfunktional für die Kompetenzen und Bedürfnisse des Souveräns, mehr noch: ungeeignet fürs Leben der damit beschäftigten Gesellschaft.

Eichengreens Supposition, dass die Marktinformation notwendigerweise („by its nature“) asymmetrisch und unvollständig sei, trifft nur soweit zu, wie dies vom demokratisch beauftragten, politischen Zentrum, der Regierung, geduldet und nicht kompensiert wird, soweit also das Nullsummenspiel des Marktantagonismus nicht durch einen demokratischen Konsens und daraus folgende Staatsanordnung begrenzt wird. Eichengreen setzt jedoch einen weitgehend neoliberalen Markt unthematisiert voraus, wie ja in den trizentralen Wirtschaften (Nordamerika, Europa, Japan) bis 2008/09 selbstverständlich; die Maßnahmen der nationalen und internationalen Politik, ob krisenpräventiv oder -kurativ, können so nicht anders als dieser Marktordnung hinterherhinken. Er konzentriert seine Aufmerksamkeit auf Finanzkrisen in den Wirtschaften der Entwicklungs- und Schwellenländer, die in den 1990er Jahren, letztlich infolge der Vormacht der neoliberalen Trizentren, entstanden und von Weltbank & IWF zu deren Vorteil bereinigt wurden (oder einmal nicht, wie im Falle des störrigen Argentinien). Diese Grundstruktur soll erhalten bleiben, trotz dem zunehmenden Gewicht der Schwellenländer. Die G8 spielt heutzutage keine Rolle mehr, unter anderem, weil sie aus Taktik keine Rolle mehr spielen will. Gleichermassen geht es darum, die bei den Schwellenländern unbeliebten Verfahren von Weltbank & IWF durch solche zu ergänzen oder zu ersetzen, die an der neoliberalen Grundordnung wenig ändern, aber kleine Kompromisse bieten, die den common sense rationell anmuten.

Eichengreen zückt somit den üblichen Katalog mit allerlei Präventionsmaßnahmen unter den Rubriken Marktdisziplin, Transparenz, Standards und Überwachung neben dem Uraltüblichen wie Wechselkursregime (er plädiert für entweder Währungsunion/Dollarisierung oder völlige Freigabe) oder Inflationszielsetzung (Schwellenländern mittleren Prokopfeinkommens empfohlen). Worauf er aber im Grunde abzielen will, sind weniger einzelne Strategien der Wirtschaftspolitik als vielmehr die Höherentwicklung des Finanzsystems. Dies braucht allerdings sehr lange Zeit, gut Ding will Weile haben. Somit darf,

wie er ausdrücklich feststellt, nicht viel von der Krisenprävention erwartet werden.

Da sich also Finanzkrisen, seiner Überzeugung nach, nicht verhindern lassen (und mit seinem Katalog gewiss nicht), widmet er das längste Kapitel dem crisis management. Bei der durchschnittlichen Größe der Schwellenwirtschaften lassen sich ihre Finanzkrisen auch finanziell so weit dämpfen, dass die neoliberale Grundordnung, wennauch schaukelnd, überlebt und smarten Pleitegeiern aus den asymmetrisch wohlinformierten Finanzinstituten der Metropolen manch fettes Schnäppchen in den Krisenländern bietet. Die Hauptfrage ist, wer die finanzielle „Rettung“ direkt oder indirekt, über Verluste, bezahlt: die, vor allem ausländischen, Investoren oder die ausländischen Steuerzahler (via bilaterale Unterstützung oder via IWF) oder die inländischen Steuerzahler oder die inländischen Unterschichten über Minderung ihrer Kaufkraft oder nonmonetärer Staatsdienste — der Autor interessiert sich dafür wenig. Nach der rituellen Ermahnung gegen das „moral hazard“, das die gewöhnlichen „bailout loans“ fördern, mit denen der IWF im Endeffekt die ausländischen Investoren schadlos hält (S.10 und 71), wendet er sich dem professoral-konsultanten business as usual zu und diskutiert das pro et contra bekannter Maßnahmenbündel ausländischer Retter (oder herbeieilender Ritter vom Orden der letzten Zuflucht) in einer Finanzkrise (2010 erleben wir Ähnliches im Verhältnis des Eurogebietes zu Griechenland):

- Zuerst soll der IWF natürlich genau prüfen, ob Kredite dem Schuldnerland auf die Beine helfen werden oder dieses besser seine Währung tief abwerten oder seine Schulden „umstrukturieren“, d. i. deren Rückzahlung und Verzinsung teilweise oder ganz aufschieben oder sogar verweigern soll. Wird die Finanzhilfe nicht die Regierung und Bevölkerung des Schuldnerlandes in Selbstzufriedenheit wiegen, zur politischen Trägheit verführen und damit harte Wirtschaftsreformen erschweren? Oder ist das Land wirtschaftlich oder politisch systemrelevant, so dass eine Abwertung oder Zahlungsver säumnis desaströse Schäden des internationalen Systems verursachen würden? Schon vorläufige Antwortsignale des prüfenden IWF haben heftige, krisenmildernde oder -verschärfende Effekte.

- Anstelle des IWF eine multilaterale Gläubigerfront zusammenzuleimen, das sog. konzertierte Vorgehen, verwirft Eichengreen als „messy“ (S.66) und „risky“ (S.71). Jeder, besonders jeder ausländische, Investor verfolgt robust seine Interessen in Konkurrenz mit den anderen Investoren und gibt nicht vor diesen nach. „They will wait until the debtor suspends payments to negotiate for their 60 cents [60 Prozent ist bei einer Umschuldung das durchschnittliche Ergebnis, das ein Gläubiger erwarten kann], since until he does so they continue to receive 100 cents on the dollar.“ (S.67) Und „[c]reditors are numerous and heterogeneous — more so every day with the progress of securitization“ (S.69). Zudem kann jeder Gläubiger, auch der kleinste private, gerichtlich gegen das Schuldnerland vorgehen und Eigentum von dessen Staatsangehörigen beschlagnahmen lassen.

- Falls es keine brauchbaren Alternativen zum IWF gibt, gibt es dann wenigstens attraktive, raffiniertere Alternativen zur platten und sündhaft teuren Rettung durch den IWF? Eichengreen mustert einige abwägend mit Beispielen aus der jüngsten Finanzgeschichte (S.71 ff): „stays and standstills“, „universal debt rollover option with a penalty“, „collective action clauses“ (für die Wahl von Gläubigerdelegierten, die für alle Gläubiger bindende Beschlüsse fassen dürfen), IWF-Käufe der Anleihen des Schuldnerlandes in Verzug, selbstredend „below fair value (say, 60 cent on the dollar)“ (S.91), „an international bankruptcy court“ u. dgl. Er kommt zu dem nicht überraschenden Schluss, dass man mit Bedacht manche der Reihe nach

oder kombiniert anwenden könnte.

Es folgt eine für Spezialisten vermutlich interessante, eingehende Schilderung der türkischen und argentinischen Finanzkrisen von 2001-02, und darauf wieder lange Erwägungen der vorher schon erwogenen Maßnahmen für Krisenprävention und -management. „Finally, it is not clear how these reforms can be given legal force.“ (S.155) Daran schließen sich in dieser Hinsicht einige bescheidene Vorschläge mit pro et contra an: may be or may be not ... Dies alles ist kein frivoler Unernst, sondern die Weisheit des Insider-Routiniers, die reife Skepsis des Experten, der durch tausend konventionelle Erfahrungen gegangen ist, sich keinen Illusionen mehr hingibt und komfortabel davon lebt. Es gibt Funktionäre, die ein System verwalten und für die Abwehr der Systemkrisen entlohnt werden, und Funktionäre, denen die Verwaltung der dennoch auftretenden Systemkrisen vergütet wird. Beide Gruppen sind wenig daran interessiert, ihr System so zu verändern, dass es keine Krisen erzeugt. Bis zur Veröffentlichung des Buches sind zudem die Finanzkrisen, mit sehr wenigen und rasch erledigten Ausnahmen, nur in den Reihen der Schwellen- und Entwicklungsländer ausgebrochen. Von den trizentralen Uferbergen und den Flugzeugträgern ihres Finanzregimes lassen sich die kleinen Stürme in jenen niederen Meeren mit observativer Gelassenheit durchleben und ihre Schäden eingrenzen. Das Große Finanzerdbeben 2008/09 brach jedoch in einem der Zentren aus, und alles sieht danach aus, als ob das System sich nicht soweit reformieren will, dass Wiederholungen dieses Naturereignisses auszuschließen sind. Beim nächsten Mal gehen wahrscheinlich nicht nur einige, sondern die meisten Lichter aus und nie wieder an, auch nicht in den komfortablen Büros der hochdotierten Berater und Experten. Ihre abgeklärte Kompromisslinie des muddling through, selbstredend stets mit ausdrücklichen Meliorationsperspektiven, damit keiner die Hoffnung fahren lässt, wird dann jäh abstürzen. 1851 war die erste Weltausstellung, ein Triumph des neuen Fortschrittssystems, in London; schon 1857/58 tobte die erste große Krise des europäischen und nordamerikanischen Kapitalismus. Seitdem hat es viele Ausstellungen und Krisen und einige Wirtschaftskatastrophen gegeben. Das heißt aber nicht, dass das System sich endlos weiterwälzen wird.